K-4 50% reichen nicht - männliche Dominanz im parlamentarischen Raum zurückdrängen

Antragsteller*in: June Tomiak, Caspar Schumacher, Nyke Slawik, Anne Steuernagel, Malena Weduwen, Daniela Ehlers, Landesvorstand Berlin, Fachforum Demokratie Innenpolitik Recht und Antifaschismus

Tagesordnungspunkt: K – Feministische Kämpfe

Antragstext

Als Grüne Jugend begrüßen und unterstützen wir Vorhaben, die zu mehr Repräsentation von Frauen, inter, trans und nicht-binären Personen führen, auch und grade in unseren Parlamenten.

Im parlamentarischen Kontext drückt sich Gleichberechtigung nicht allein durch die Anzahl von Mandatsträger*innen aus. Auch die Verteilung von Spitzenpositionen in Präsidium und Fraktionen, Ausschussmitgliedschaften, Redezeiten, thematische Aufteilungen und die grundsätzliche Arbeitsweise von Parlamenten müssen Bestandteil der Debatte um eine tatsächliche Gleichstellung im parlamentarischen Raum sein. Dass mehr Frauen, inter, trans und nicht-binäre Personen im parlamentarischen Kontext vorkommen, ist ein großer Gewinn, denn nur so kann die parlamentarische Realität irgendwann auch die der Gesellschaft abbilden. Maßnahmen um dies zu erreichen müssen allerdings aufgrund der komplexen Problemlage divers sein.

Die Grüne Jugend und Bündnis90/Die Grünen haben eine 50+Quote. Diese sorgt dafür, dass mindestens 50% von Amts- und Mandatsträger*innen von Frauen bei Bündnis90/Die Grünen und mindestens 50% von Frauen, inter, trans und nicht-binären Personen bei der Grünen Jugend besetzt werden müssen. Mit dieser Regelung sind wir diejenigen, die fast ausnahmslos die meisten Frauen, inter, trans und nicht-binären Personen in Parlamente entsenden. Unsere harte Quote hat bewiesen, wie nötig sie ist und wie dringend alle Parteien sie brauchen würden. Ein Gesetz zur Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit im politischen und parlamentarischen Raum darf also nicht dazu führen, dass 50%+Quoten aufgelöst oder aufgeweicht werden müssen.

Solange wir keine tatsächliche Gleichberechtigung haben, kann es keine Über-Repräsentation von Frauen, inter, trans und nicht-binären Personen geben! De facto würde in der derzeitigen gesellschaftlichen Realität eine 50/50% Quote

eine Männerquote bedeuten.
Eine Quote muss gesellschaftlich benachteiligte Gruppen stärken und zu deren Repräsentation führen, statt die Hälfte der Macht für Männer zu reservieren.

Für ein Gesetz, das möglichst alle Problemlagen von Repräsentation von Frauen, inter, trans und nicht-binären Personen im politischen und parlamentarischen Raum berücksichtigt und dementsprechend keine binäre 50/50 Quote sein kann, brauchen wir Rechtssicherheit. Unter Vorwand der Rechtssicherheit wird allerdings in der derzeitigen Debatte vorrangig ein binäres Rechtsmodell vorgeschlagen. In vielen Bundesländern ist in den Entwürfen für ein Parité-Gesetz unklar, welche Regelungen für nicht-binäre Menschen gelten sollen oder wer das Geschlecht der kandidierenden Person bestimmt. In allen Gesetzesentwürfen werden zur Zeit inter und nicht-binäre Personen gezwungen, sich in ein binäres System einzuordnen, ihre Geschlechtsidentität wird somit unsichtbar gemacht. Wir brauchen einen Prozess hin zu einem intersektionalen Gesetz, das nicht nur die Perspektive von Frauen sondern von allen nicht-männlichen Personen mitdenkt und zur Verbesserung der Repräsentation eben dieser führt. Dabei lassen wir uns nicht gegeneinander ausspielen!

Begründung

Strukturell wurden Frauen in allen gesellschaftlichen Räumen, auch im politischen, lange nicht geduldet und auch nach einer rechtlichen Gleichstellung zeigt sich deutlich, dass eine tatsächliche Gleichstellung nicht existiert. Das erkennt auch das Grundgesetz an und formuliert deshalb: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“. Die gesellschaftliche und politische Teilhabe von inter, trans und nicht-binären Personen ist auch im Vergleich dazu noch immer stark marginalisiert und in Parlamenten fast nicht vorhanden.

In Brandenburg und Thüringen wurden Parité-Gesetze beschlossen, um eine Verbessung der Geschlechtergerechtigkeit in Parlamenten zu erzielen. In vielen weiteren Bundesländern gibt es politische Debatten dazu und auch auf Bundesebene wird das Thema aufgegriffen. Wir brauchen verbindliche Maßnahmen um mehr Frauen, inter, trans und nicht-binären Personen den Weg in politische und parlamentarische Räume zu ermöglichen. Dafür aber ein binäres System zu stärken, welches wir stattdessen aufbrechen müssten kann nicht der richtige Weg sein.